

31. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier · Renate Künast · Jürgen Trittin

Europa stärken – Weichen für nachhaltiges Wachstum stellen

Die Krise verschärft sich

Die Euro-Zone erlebt eine Abwärtsspirale. Trotz ambitionierter Sparprogramme steigen die Defizite weiter. In den südlichen Euro-Ländern ist Haushaltskonsolidierung allein über Ausgabenkürzung nicht zu erreichen. Kritik an hausgemachten politischen Problemen ist berechtigt. Doch für die von Sparprogrammen betroffenen Menschen gibt es zu wenig Perspektiven. Frust, Protest und Verlust von Vertrauen in eine bessere Zukunft nehmen bedrohlich zu. Auswege aufzeigen ist auch in unserem Interesse. Denn die sich verschärfende Krise droht auch der deutschen Wirtschaft Schaden zuzufügen.

Die ökonomischen und sozialen Folgen des einseitig auf Ausgabenkürzungen abzielenden Merkschen Krisenmanagements sind fatal. Europa droht daran zu zerbrechen. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die europäische Krise nicht entspannt, sondern verschärft.

Seit 2008 ist die Arbeitslosigkeit in Spanien von 11,3 % auf heute 24,1 %, in Griechenland von 7,7 % auf 21,7 %, in Portugal von 8,5 % auf 15,3 % und in Irland von 6,3 % auf 15 % gestiegen. 17,4 Millionen Menschen sind heute in den Ländern des Euroraums arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in einigen Staaten auf über 50 % angestiegen.

Zugleich sind die Zinskosten für die Krisenländer zuletzt wieder dramatisch in die Höhe geschneilt. Spanien muss bis zu 6,5% Zinsen zahlen. Solche Zinslasten sind auf Dauer nicht tragbar und lassen bereits unternommene Sparmaßnahmen verpuffen. Gleichzeitig entsteht zusätzliche Instabilität im ohnehin krisenanfälligen Bankensektor, der weitere Wertverluste in seinen Staatsanleihebeständen hinnehmen muss.

Das alles zeigt: das konservative Krisenmanagement führt Europa nicht aus der Krise. Es braucht eine Kurskorrektur. Deshalb fordern wir, SPD und Grüne, eine Ergänzung des Fiskalpaktes. Nicht weil auf tragfähige Haushalte ausgerichtete konjunkturgerechte Schuldenregeln in ganz Europa nicht sinnvoll wären. Sondern weil dauerhafter Schuldenabbau nur mit wirtschaftlicher Dynamik und mit Wachstum in neuen innovativen und zukunftsfähigen Branchen gelingen kann. Und weil es sinnvoll ist, nicht nur neue Schulden zu begrenzen, sondern auch alte Schulden abzubauen – und gleichzeitig den Zinsdruck auf die Krisenstaaten zu vermindern, damit diese wieder Luft für Investitionen in wirtschaftliche Entwicklung bekommen können.

Ein Gebot der Gerechtigkeit ist es, endlich auch die Verursacher der Krise im Finanzsektor angemessen an den Kosten zu beteiligen und den Opfern der Krise – Arbeitslose, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch ehrliche Steuerzahler – nicht immer neue Lasten aufzubürden. Wir fordern daher entschlossene Schritte zu einer Finanztransaktionssteuer, zur Regulierung der Schattenbanken, zur stärkeren Trennung von Investment- und Geschäftsbanken und zur Regulierung spekulativer Transaktionen.

Engagiert gegen verbaute Perspektiven - Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit

In Europa sind über fünf Millionen junge Menschen, viele von ihnen gut qualifiziert und ausgebildet, ohne Arbeit. Das gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften. Auch die europäische Einigung droht Schaden zu nehmen, wenn gerade die jungen Menschen, die den europäischen Gedanken in die Zukunft tragen sollen, Europa vor allem mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Verbindung bringen.

Deshalb müssen jetzt rasch verbindliche Ziele und Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit europaweit vereinbart werden. Ziel muss sein, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa in den nächsten fünf Jahren zu halbieren.

Die Finanzierung eines europäischen Sofortprogramms gegen Jugendarbeitslosigkeit kann kurzfristig aus bisher nicht zugewiesenen Mitteln vor allem aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erfolgen. Daneben müssen sich auch die Mitgliedstaaten verbindlich verpflichten, in diesem Bereich tätig zu werden. Die europaweite Mobilität, gerade für junge Arbeitssuchende, muss erleichtert werden, unter anderem durch eine bessere europaweite Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und durch einen Mobilitätsfonds, der zum Beispiel Sprachtraining anbietet. Wir wollen eine europaweite „Jugendgarantie“, die das Recht auf Aus- oder Weiterbildung innerhalb von vier Monaten nach Erhalt eines schulischen Abschlusszeugnisses einführt und dabei auf betriebliche bzw. betriebsnahe Qualifikation zielt. Und wir setzen auf ein europäisches „Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze“ speziell für junge Arbeitssuchende, bei dem die EU-Kommission Gewerkschaften und europäische Unternehmen an einen Tisch bringt, um durch grenzüberschreitende Ausbildungs- und Jobprogramme Jugendliche in Beschäftigung zu bringen.

Entschlossen gegen die Rezession - Pakt für nachhaltiges Wachstum

Angesichts der Rezession in vielen Krisenstaaten ist es höchste Zeit für ein europäisches Aufbau- und Investitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, um eine Abwärtsspirale zu vermeiden und wirklich Schulden abzubauen. Nur wenn Konsolidierung mit nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum zusammenkommt, wird Europa die Schuldenkrise überwinden können.

Wir wollen die notwendigen Strukturreformen in diesen Ländern mit einem Solidaritätsversprechen verbinden. Staaten, die in einer tiefen Anpassungsrezession stecken, unterstützen wir durch ein europäisches Investitionsprogramm. Der Umfang eines solchen Investitionsprogramms muss die durch Sparanstrengungen verursachten Nachfrageausfälle in den Krisenländern abmildern. Der Wachstumspakt muss die ökologische Modernisierung der Wirtschaft beschleunigen und klar auf Investitionen in die Realwirtschaft gerichtet sein, besonders in den am stärksten von der Krise betroffenen südlichen Mitgliedstaaten der EU. Der Schwerpunkt muss klar und eindeutig vereinbart auf nachhaltigen Investitionen in Ressourceneffizienz und ökologische Modernisierung (Erneuerbare Energie, Energieeffizienz), moderne Infrastruktur (transeuropäische Strom- und Schienennetze, Breitbandausbau) und Innovationsstrukturen (Forschung und Bildung) liegen. Dabei kann die Stärkung der industriellen Basis den Weg zu mehr Innovation und Wettbewerbsfähigkeit ebnen.

Die Ölimporte nach Europa belaufen sich inzwischen auf ca. 400 Mrd. Euro. Griechenland (72.7%), Spanien (77.4%), Portugal (83.6%) und Italien (84.5%) sind besonders extrem von Energieimporten abhängig. Der EU-27-Durchschnitt lag 2007 bei 50,1%. Wir müssen weg vom Öl. Die Abhängigkeit von Öl zu verringern, ist nicht nur eine klimapolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Investitionen in den Klimaschutz, die Energiewende, in Netze, in Speichertechnologien, in Effizienzstrategien und in erneuerbare Energien sind Investitionen in die Zukunft. Und gleichzeitig können die Länder ihre Ausgaben für importiertes Öl senken und Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft schaffen. Das zeigt beispielhaft, welche immensen wirtschaftlichen Potentiale in der ökologischen Modernisierung liegen.

Dazu bedarf es auch klarer politischer Zielsetzungen. So müssen innerhalb der EU verbindliche Effizienzziele und Einsparvorgaben für Energieversorger auf europäischer Ebene eingeführt und verlässliche Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien insbesondere durch ein verbindliches Ausbauziel für 2030 sowie Einspeisetarife für Ökostrom geschaffen werden. Es ist bezeichnend, dass Konservativen und Liberalen beim Thema Strukturreformen immer zuerst der Abbau oder das Aussetzen sozialer und ökologischer Regeln einfällt – das Gegenteil ist richtig.

Konkrete Beispiele für sinnvolle und notwendige Investitionen sind: der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Südeuropa einschließlich notwendiger Gleichstromleitungen, um den Strom nach Mittel- und Nordeuropa zu transportieren; die Herstellung eines „Nordseenetzes“, d.h. zentraler Verbindungen zwischen den Windparks; die Modernisierung der Hafensysteme zahlreicher europäischer Seeverkehrsstützpunkte; das Auflegen und Ausweiten von Programmen zur energetischen Gebäudesanierung.

Investitionen in Wachstum und Beschäftigung müssen jetzt rasch wirken, zielgerichtet eingesetzt werden und ein ausreichendes Volumen mobilisieren. Wir brauchen einen Wachstumspakt, der einen europäischen Investitions- und Aufbaufonds schafft und nicht über zusätzliche Staatsverschuldung, sondern durch eine „Umprogrammierung“ bestehender Mittel, eine Stärkung der Europäischen Investitionsbank, Projektanleihen und durch zusätzliche Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer finanziert wird:

- **Europäische Investitionsbank (EIB) stärken:** Die EIB muss durch die Erhöhung ihres Stammkapitals um mindestens 10 Milliarden Euro in die Lage versetzt werden, sich weit stärker als bisher an der Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung zu beteiligen. Dadurch könnten Investitionen von bis zu 100 Mrd. Euro angeschoben werden.
- **EU-Strukturfonds wirksamer nutzen:** Zur Finanzierung eines schnell wirkenden Wachstums- und Beschäftigungsprogramms müssen kurzfristig die bisher ungenutzten Strukturfondsmittel der EU verwendet werden, wobei die Kofinanzierungsregeln flexibler gestaltet werden müssen. Dafür sollte die EU-Kommission in geeigneten Fällen für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren die Ko-Finanzierungsquoten reduzieren.
- **Europäische Projektanleihen einführen:** Um weitere finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, müssen europäische „Projektanleihen“ auf den Weg gebracht werden.
- **Besteuerung der Finanzmärkte durchsetzen:** Die Akteure auf den Finanzmärkten müssen über eine Finanztransaktionssteuer an den Krisenkosten beteiligt werden. Sollte eine Finanztransaktionssteuer nicht auf Ebene der gesamten EU erreichbar sein, so muss sie innerhalb der Eurozone oder im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit gleichgesinnter Staaten realisiert werden. Die Steuer sollte auf einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage basieren und auf den Ertrag aus Geschäften mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten erhoben werden. Durch Anknüpfung an den Sitz desjenigen, der die Transaktion unternimmt, sowie durch eine regulatorische Belastung von verlagerten Transaktionen können Ausweichreaktionen reduziert werden. So könnte etwa dem Ausweichen in unbesteuerte Märkte mit einer höheren Eigenkapitalhinterlegungspflicht für Derivate begegnet werden.

Entschieden gegen Schulden - Schuldentilgungspakt auf den Weg bringen

Die Einführung eines europäischen Schuldentilgungspaktes, wie ihn der Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagen hat, ist ein zentraler Schlüssel zur Überwindung der Krise. Er kann die Vertrauenskrise der europäischen Währung überwinden und den dramatischen Zinsdruck, der auf Krisenländern wie Spanien lastet, mindern. Ein europäischer Schuldentilgungspakt ermöglicht Schuldenabbau.

In den europäischen Schuldentilgungsfonds wird der Teil der nationalen Altschulden, der 60% des Bruttoinlandsproduktes überschreitet, überführt. Die Zinskosten der Krisenländer können gesenkt und die Spekulation kann eingedämmt werden. Für jedes Land wird ein verbindlicher Schuldenabbauplan erstellt, der die einzelnen Länder in die Pflicht nimmt, innerhalb von 25 Jahren ihre Schulden zu tilgen.

Der Schuldentilgungspakt verbindet intelligent die Vorteile niedriger Zinsen durch gemeinsame europäische Anleihen mit dem Abbau von Schulden. Die gemeinsame Haftung wäre in der Höhe und zeitlich begrenzt. Eine zügige Einführung des Schuldentilgungspaktes ist möglich, da keine Änderung der europäischen Verträge notwendig ist.

Das Konzept des Sachverständigenrats wäre automatisch auch ein Wachstumsprogramm für die Peripherie. Momentan werden die Volkswirtschaften in Südeuropa durch sehr hohe Realzinsen belastet. Die Unternehmen müssen zu den schon hohen Zinsen für Staatsanleihen noch einen Aufschlag zahlen. Ein fallendes Zinsniveau nach Einführung des Schuldentilgungspaktes würde demnach zu neuen Investitionen führen.

Regeln für die Finanzmärkte – Die Lasten gerecht verteilen

Durch Entscheidungsunfähigkeit hat die schwarz-gelbe Koalition in Berlin die EZB gezwungen, Staatsanleihen im Wert von über 220 Mrd. Euro zu kaufen und den Banken über eine Billion Euro zu 1 Prozent zu leihen, womit sie Staatsanleihen zu einer weit höheren Verzinsung kaufen. Banken werden zu Lasten von Staaten und Steuerzahlern saniert, ohne dass es zur durchgreifenden Regulierung und zur Vorsorge für künftige Krisen kommt.

Wir fordern eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking, eine europäische Bankenaufsicht, die dafür sorgt, dass Banken der Realwirtschaft dienen, einen europäischen Banken-Restrukturierungsfonds, eine wirkungsvolle Regulierung der Schattenbanken und als Gegengewicht zu privaten Ratingagenturen, die mit ihren Bewertungen über die Zukunft von Staaten urteilen, eine europäische Ratingagentur, die die Bonität von Ländern bewertet.